

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 19. Oktober bis 22. Oktober 2026 Straßburg

Parlament zieht Bilanz des Oktober-EU-Gipfels

Am Mittwochvormittag debattieren die Abgeordneten mit Kommissionspräsidentin von der Leyen und Ratspräsident Costa über die Ergebnisse des Gipfels der Vorwoche.

4

Sacharow-Preis 2026: Entscheidung fällt am Donnerstag

Parlamentspräsidentin Metsola gibt am Donnerstag bekannt, wer den Sacharow-Preis für geistige Freiheit erhält. Zuvor entscheidet die Konferenz der Präsidenten.

5

Parlament nimmt Strafgerichtshof gegen US-Sanktionen in Schutz

Als Reaktion auf die US-Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof debattiert das Parlament am Dienstag, wie die EU das Gericht unterstützen kann.

6

Erasmus+ ab 2028: Mehr Geld für mehr junge Menschen

Am Mittwoch debattiert das Parlament über die Prioritäten und den Finanzbedarf des Programms „Erasmus+ 2028–2034“. Am Donnerstag folgt die Abstimmung.

7

Bessere Rechte für Reisende bei Verspätungen und Ausfällen

Am Dienstag gibt das Parlament voraussichtlich grünes Licht für neue EU-Regeln, die Reisende bei Verkehrsstörungen besser schützen und informieren sollen.

8

EU-Großbritannien: Nächste Schritte für die Partnerschaft

Am Dienstag wird das Parlament mit Rat und Kommission über das bevorstehende Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich debattieren.

10

COP31-Klimagipfel: Parlament will schnelleren Abschied von fossiler Energie

Beim UN-Klimagipfel will das Parlament auf einen schnelleren Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, mehr Klimafinanzierung und stärkere Hilfe für gefährdete Länder drängen.

11

Schnellere Züge für Europa: Parlament will Hochgeschwindigkeitsnetz ausbauen

Am Dienstag stimmt das Parlament über Vorschläge für schnellere und bessere

Bahnverbindungen in Europa ab. Hochgeschwindigkeitszüge sollen mehr Städte und Regionen verbinden.

13

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/plenary-news/2026-10-19>

-

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[EP Multimedia Centre](#)

[Online-Pressemappe des Europäischen Parlaments](#)

Kontakt

Daniel KÖSTER

Press Officer (DE)

Pressereferent

☎ +32 2 28 41179

📱 +32 473 33 06 49

✉ daniel.koster@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Andreas KLEINER

Pressereferent

☎ +32 228 32266 (BXL)

📱 +32 498 98 33 22

✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Thilo KUNZEMANN

Press Officer in Germany

Pressereferent in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1030

📱 (+49) 171 388 4775

✉ thilo.kunzemann@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@europarl.europa.eu

✂ [@europarl_de](https://twitter.com/europarl_de)

Andrea RUKSCHCIO-WILHELM

Press Officer in Austria

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 17 217

📱 (+43) 660 4444 330

✉ andrea.rukschcio-wilhelm@europarl.europa.eu

Parlament zieht Bilanz des Oktober-EU-Gipfels

Am Mittwochvormittag debattieren die Abgeordneten mit Kommissionspräsidentin von der Leyen und Ratspräsident Costa über die Ergebnisse des Gipfels der Vorwoche.

Beim Treffen der Staats- und Regierungschefs am 15. und 16. Oktober in Brüssel ging es unter anderem um den Vorschlag der irischen Ratspräsidentschaft für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034 der EU, Europas Wettbewerbsfähigkeit, die weitere Unterstützung für die Ukraine sowie die Lage im Nahen Osten.

Weitere Themen sind die Verteidigung und Sicherheit Europas, Migration, Grenzschutz und EU-Erweiterung.

Bereits am 6. Oktober hatten die Abgeordneten mit Ursula von der Leyen und dem Vertreter der irischen Ratspräsidentschaft Thomas Byrne über ihre [Erwartungen an den Gipfel](#) diskutiert.

*Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission, ohne Entschließung
Debatte: Mittwoch, 21. Oktober*

Weitere Informationen

[Vorläufige Tagesordnung des Europäischen Rates, 15.–16. Oktober](#)
[Multimediazentrum des Europäischen Parlaments](#)

Sacharow-Preis 2026: Entscheidung fällt am Donnerstag

Parlamentspräsidentin Metsola gibt am Donnerstag bekannt, wer den Sacharow-Preis für geistige Freiheit erhält. Zuvor entscheidet die Konferenz der Präsidenten.

Am Montag, dem 19. Oktober, um 19.30 Uhr wählen die Abgeordneten der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten und für Entwicklung drei Finalisten aus den zuvor [von den Fraktionen vorgeschlagenen Kandidaten](#) aus.

Am Donnerstagvormittag entscheidet dann die Konferenz der Präsidenten - also Parlamentspräsidentin und Fraktionsvorsitzende - über die Preisträgerin oder den Preisträger. Präsidentin Metsola wird das Ergebnis anschließend gegen Mittag im Plenarsaal bekanntgeben.

Die Preisverleihung findet am 16. Dezember in Straßburg statt.

Hintergrund

Das Europäische Parlament vergibt den Sacharow-Preis für geistige Freiheit seit 1988 jährlich an Personen, Gruppen oder Organisationen, die sich in besonderer Weise für Menschenrechte, Meinungsfreiheit oder demokratische Werte einsetzen.

Weitere Informationen

[Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten](#)

[Entwicklungsausschuss](#)

[Unterausschuss Menschenrechte](#)

[Website zum Sacharow-Preis](#)

[Videoaufzeichnung der Nominierungen für den Sacharow-Preis 2026 in der gemeinsamen Ausschusssitzung \(01.10.26\)](#)

Parlament nimmt Strafgerichtshof gegen US-Sanktionen in Schutz

Als Reaktion auf die US-Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof debattiert das Parlament am Dienstag, wie die EU das Gericht unterstützen kann.

Am 9. Oktober kündigte die US-Regierung Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) an. Sie wirft dem Gerichtshof Politisierung und eine unfaire Verfolgung von US-Bürgern wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen vor. Bislang haben die USA Sanktionen gegen 17 mit dem IStGH verbundene Personen verhängt. Die neuen Maßnahmen frieren unter anderem Vermögenswerte des Gerichtshofs unter US-Hoheit ein.

Abgeordnete hatten die US-Maßnahmen bereits wiederholt kritisiert. In einer [Erklärung vom 9. Oktober](#) bezeichneten führende Abgeordnete die Sanktionen als „einen inakzeptablen Angriff auf die Grundlagen der internationalen Justiz“ und forderten aktive Solidarität der EU mit dem Gericht und seinen Mitarbeitern.

EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas [erklärte am 10. Oktober](#), Drohungen gegen den Gerichtshof seien nicht hinnehmbar. Auch UN-Generalsekretär António Guterres kritisierte die US-Sanktionen scharf als „einen schweren Schlag für unser gemeinsames Streben nach internationaler Justiz, deren tragende Säule der IStGH ist“.

Der 2002 gegründete IStGH verfolgt Einzelpersonen wegen Völkermords, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und des Verbrechens der Aggression.

*Erklärungen des Rates und der Kommission, ohne EntschlieÙung
Debatte: Dienstag, 20. Oktober*

Weitere Informationen

[Europäisches Parlament: Pressekonferenz zur EU-Autonomie im Finanzsektor und US-Sanktionen gegen den IStGH \(29. September 2026\)](#)
[Multimedia-Zentrum des Europäischen Parlaments](#)

Erasmus+ ab 2028: Mehr Geld für mehr junge Menschen

Am Mittwoch debattiert das Parlament über die Prioritäten und den Finanzbedarf des Programms „Erasmus+ 2028–2034“. Am Donnerstag folgt die Abstimmung.

Der [Kulturausschuss will das nächste Erasmus+-Programm für mehr junge Menschen öffnen](#) - unabhängig von Einkommen, sozialem Hintergrund, Wohnort oder kultureller Herkunft.

Die Abgeordneten fordern dafür mindestens 47 Milliarden Euro. Die Kommission schlägt 40 Milliarden Euro vor. Für einzelne Bereiche sollen feste Anteile vorgesehen werden: 74,6 Prozent für Bildung und Ausbildung, 15 Prozent für Jugend und Freiwilligendienste, 4,1 Prozent für Sport.

Bei Erasmus-Stipendien sollen Lebenshaltungskosten, Mieten, Inflation und Kaufkraft in den jeweiligen Gastregionen und -städten stärker berücksichtigt werden. Zudem betonen sie, dass Stipendien in strategisch wichtigen Bereichen über das Programm „Horizon Europe“ oder den Europäischen Wettbewerbsfonds finanziert werden sollten. Dabei sollen die Mittel aus den Kernbereichen von Erasmus+ nicht reduziert werden.

Sobald das Plenum seine Position verabschiedet hat, können die Abgeordneten mit dem Rat über Struktur und Haushalt des Erasmus+-Programms verhandeln.

Verfahrensübersicht: [2025/0222\(COD\)](#)

Debatte: Mittwoch, 21. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, 22. Oktober

Verfahren: ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung

Weitere Informationen

[Verfahrensübersicht](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss für Kultur und Bildung](#)

[Profil des Berichterstatters Bogdan Zdrojewski \(EVP, Polen\)](#)

[Pressekonferenz nach der Abstimmung im Ausschuss für Bildung und Kultur \(29.9.2026\)](#)

[Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments: Erasmus+ Programm 2028–2034](#)

[Briefing: Erasmus+ - Entwicklung, strukturelle Herausforderungen und künftige Ausgestaltung – Bewertung des Gesetzgebungsvorschlags für den Programmzeitraum 2028–2034 \(Juni 2026\)](#)

[Statistik: Teilnahme an Erasmus+ in Zahlen \(Juni 2026\)](#)

Bessere Rechte für Reisende bei Verspätungen und Ausfällen

Am Dienstag gibt das Parlament voraussichtlich grünes Licht für neue EU-Regeln, die Reisende bei Verkehrsstörungen besser schützen und informieren sollen.

Die im Juni 2026 [mit dem Rat vereinbarten](#) Regeln stellen klar, wie die Erstattung bei Stornierungen funktioniert, wenn Flüge über Vermittler gebucht wurden und ausfallen. Reisende sollen den vollen Preis einschließlich etwaiger Vermittlungsgebühren zurückbekommen. Vermittler müssen bereits bei der Buchung darüber informieren, wie Rückerstattungen geregelt sind.

Für Erstattungs- und Entschädigungsanträge soll es künftig einheitliche Formulare in allen EU-Sprachen und für alle Verkehrsmittel geben.

Gestärkt werden auch die Rechte von Menschen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität. Ist eine Begleitperson während des Fluges notwendig, soll sie kostenlos mitfliegen können.

Hintergrund

Die [Kommission legte 2023](#) neue Regeln für [Passagierrechte bei Flug-, Bahn-, Schiffs-, Bus- und Fernbusreisen](#) vor. Das Parlament hatte bereits Anfang 2026 eine [spezifische Erweiterung der Rechte von Fluggästen](#) beschlossen.

Etwa 13 Milliarden Menschen reisen jedes Jahr in der EU mit dem Flugzeug, Zug, Reisebus, Bus oder der Fähre und fallen unter die EU-Fahrgastrechte. Bis 2030 dürfte diese Zahl auf 15 Milliarden und bis 2050 auf fast 20 Milliarden steigen.

Verfahrensübersicht: [2023/0437\(COD\)](#)

Verfahren: *ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung*

Abstimmung: *Dienstag, 20. Oktober*

Pressekonferenz: *Dienstag, 20. Oktober, 14.00 Uhr, mit Berichterstatter Matteo Ricci (S&D, Italien)*

Weitere Informationen

[Verfahrensübersicht](#)

[Auf einen Blick: Durchsetzung der Fahr- und Fluggastrechte in der EU](#)

[Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments: Durchsetzung der Passagierrechte in der EU](#)

[Multimedia-Zentrum des Europäischen Parlaments: Fahrgastrechte](#)

EU-Großbritannien: Nächste Schritte für die Partnerschaft

Am Dienstag wird das Parlament mit Rat und Kommission über das bevorstehende Gipfeltreffen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich debattieren.

Am 20. November empfangen EU-Ratspräsident António Costa und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den britischen Premierminister Andy Burnham zum zweiten EU-Großbritannien-Gipfel in Brüssel.

Dabei soll die strategische Partnerschaft vertieft und Bilanz gezogen werden, was seit dem ersten Gipfel 2025 in London erreicht wurde. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Verteidigung und Sicherheit, Energie, Agrar- und Lebensmittelvorschriften, Klima, direkte Kontakte zwischen den Menschen, Migration und die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden. Auch die nächsten Schritte in den bilateralen Beziehungen sollen beraten werden.

In der Debatte werden die Abgeordneten ihre Erwartungen an den Gipfel sowie ihre Vorstellungen zur Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien erläutern.

Verfahren: Erklärungen des Rates und der Kommission, ohne Entschließung

Debatte: Dienstag, 20. Oktober

Weitere Informationen

[Delegation des Europäischen Parlaments in der Parlamentarischen Partnerschaftsversammlung EU-Vereinigtes Königreich](#)

[Multimedia-Zentrum des Europäischen Parlaments](#)

COP31-Klimagipfel: Parlament will schnelleren Abschied von fossiler Energie

Beim UN-Klimagipfel will das Parlament auf einen schnelleren Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, mehr Klimafinanzierung und stärkere Hilfe für gefährdete Länder drängen.

Im Mittelpunkt der [UN-Klimakonferenz \(COP31\)](#), die vom 9. bis 20. November in Antalya (Türkei) stattfindet, wird die nächste globale Bestandsaufnahme und die Aufstockung der Klimafinanzierung stehen. Dazu gehört auch die Umsetzung des bei der COP29 vereinbarten [neuen globalen Finanzierungsziels \(NCQG\)](#).

Der [Umweltausschuss des Parlaments warnt](#), dass 2025 zu den heißesten Jahren seit Beginn der Aufzeichnungen gehörte und Europa sich schneller erwärmt als jeder andere Kontinent. Die Abgeordneten fordern deshalb, den weltweiten Ausstieg aus fossilen Energien deutlich zu beschleunigen.

Bei der Klimafinanzierung soll besonders gefährdeten Staaten geholfen werden, ihre Schuldenlast zu senken. Zugleich fordert das Parlament mehr Geld für Anpassung an den Klimawandel sowie für [Verluste und Schäden](#) durch die Klimakrise.

Die Debatte über die UN-Klimakonferenz findet am Mittwochabend statt, die Abstimmung über die Entschließung am Donnerstag.

Hintergrund

Das Europäische Klimagesetz legt fest, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen und die Nettotreibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Im Februar 2026 aktualisierte das Parlament das Gesetz mit einem [Reduktionsziel von 90 Prozent für 2040](#).

Eine [Delegation von 15 Abgeordneten](#) unter der Leitung von [Lídia Pereira](#) (EVP, Portugal) wird vom 16. bis 20. November an den Klimagesprächen in Antalya teilnehmen.

Verfahrensübersicht: 2026/2666(RSP)

Debatte: Mittwoch, 21. Oktober

Abstimmung: Donnerstag, 22. Oktober

Verfahren: Mündliche Anfragen an den Rat und die Kommission, mit Entschließung

Weitere Informationen

[Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments: „The COP31 Climate Change Conference“ \(September 2026\)](#)

Schnellere Züge für Europa: Parlament will Hochgeschwindigkeitsnetz ausbauen

Am Dienstag stimmt das Parlament über Vorschläge für schnellere und bessere Bahnverbindungen in Europa ab. Hochgeschwindigkeitszüge sollen mehr Städte und Regionen verbinden.

Der [Bericht des Ausschusses für Verkehr und Tourismus](#) fordert ein europaweites Hochgeschwindigkeitsbahnnetz, das grenzüberschreitend funktioniert, gut mit anderen Verkehrsmitteln verknüpft und für Reisende leicht zugänglich ist.

Nach dem Willen der Abgeordneten sollen Hochgeschwindigkeitszüge künftig nicht nur die Hauptstädte der EU verbinden. Auch große Städte und wichtige Verkehrsknoten in allen europäischen Regionen sowie zentrale Nachbarländer sollen besser ans schnelle Schienennetz angeschlossen werden.

Der [Mehrfährige Finanzrahmen 2028–2034](#) (MFR) soll dafür ausreichend Geld bereitstellen. Die Abgeordneten wollen das „Connecting Europe“-Programm (CEF) erhalten und ausbauen und zusätzliche Investitionen über nationale Pläne ermöglichen.

Auch die Ticketpreise sollen sinken. Die Abgeordneten fordern Mitgliedstaaten und Bahnunternehmen auf, Hochgeschwindigkeitszüge erschwinglicher zu machen, etwa durch günstigere Tarife, Ermäßigungen und Abonnements.

Hintergrund

Im November 2025 legte die Kommission einen [Aktionsplan für den Hochgeschwindigkeitsverkehr auf der Schiene](#) vor. Bis 2040 soll Europas Bahnnetz schneller, besser vernetzt und grenzüberschreitend einfacher nutzbar werden. Seit 2014 wurden aus [EU-Programmen mehr als 100 Milliarden Euro](#) für Schieneninfrastruktur bereitgestellt.

Verfahrensübersicht: [2026/2003\(INI\)](#)

Verfahren: [Initiativbericht](#)

Abstimmung: [Dienstag, 20. Oktober](#)

Weitere Informationen

[Verfahrensübersicht](#)

[Berichterstatteur Vicent Marzà Ibáñez \(Grüne, Spanien\)](#)